

Lebensmittelindustrie muss mehr Verantwortung für gesunde Ernährung übernehmen

Der AOK-Bundesverband und die Deutsche Diabetes Gesellschaft verlangen von der Lebensmittelindustrie mehr gesellschaftliche Verantwortung. Vor der Sitzung des Begleitgremiums zur weiteren Festlegung einer bundesweiten Reduktionsstrategie von Zucker, Fetten und Salz am morgigen Dienstag (12. Februar 2019), bei der wichtige Wirtschaftsverbände der Bundesernährungsministerin Julia Klöckner konkrete Vorschläge präsentieren sollen, stellt AOK-Vorstandsvorsitzender Martin Litsch klar: „Die Erwartungen an dieses Treffen sind hoch. Wir sind gespannt, wie ernst die Branche ihren Auftrag nimmt. Mit der freiwilligen Selbstverpflichtung der Lebensmittelindustrie geht Deutschland weiterhin einen Sonderweg. Falls dies aber auch weiter bedeutet, dass wir bei der Absenkung von Zucker, Fetten und Salz unseren Nachbarländern hinterherhinken, wäre das mit einem Glaubwürdigkeitsverlust der Bundesregierung verbunden.“

Die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) lehnt Vereinbarungen auf freiwilliger Basis ab und fordert stattdessen eine verbindliche Zuckerreduktion von 50 Prozent. „Alles andere ist fahrlässig vor dem Hintergrund stark zunehmenden Übergewichts und steigender Diabetes-Erkrankungszahlen“, kritisiert Barbara Bitzer, Geschäftsführerin der DDG. Das Bundesernährungsministerium hatte sich Ende 2018 mit der Lebensmittelindustrie auf ein Grundsatzpapier für eine nationale Reduktions- und Innovationsstrategie verständigt. Entgegen vieler Erwartungen sehen die darin angestrebten Vereinbarungen keine Verbindlichkeit vor.

Kritisch sehen AOK-Bundesverband und DDG zudem die seitens des Ministeriums eingeräumte Zeitschiene bis zum Jahr 2025. Medienberichten zufolge planen beispielsweise die großen Müslihersteller bis dahin, den Zucker in ihren Produkten lediglich um ein Fünftel zu reduzieren. „Für diesen langen Zeitraum ist das eindeutig zu wenig. Wir brauchen hier schnellere Ergebnisse“, betont Barbara Bitzer. „Es ist den Verbrauchern außerdem nicht zu vermitteln, warum international bereits zahlreiche Produkte mit hohen Reduktionswerten verfügbar sind, und die gleichen Konzerne hierzulande nicht kurzfristig die gleichen Waren in die Regale bekommen. Die Menschen in Deutschland haben ein Recht auf gesunde Lebensmittel.“ Die Gesundheit der Menschen dürfe nicht den Interessen einzelner Wirtschaftsverbände geopfert werden.

Einigkeit herrscht beim AOK-Bundesverband und der DDG auch über das Verbot für Lebensmittelwerbung, die sich an Kinder richtet. Hier fordern beide Parteien eine möglichst rasche Umsetzung. „Wenn wir wollen, dass sich vor allem auch Kinder und Jugendliche gesünder ernähren, dann kommen wir nicht um ein Verbot für Kindermarketing von stark zucker-, fett- und salzhaltigen Produkten herum“, so Verbandsvorstand Litsch. Die Bereitschaft des Zentralverbands der Werbewirtschaft, sich hier zu bewegen, schätzt er allerdings eher gering ein: „Es gibt bereits seit Jahren auf EU-Ebene eine freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie, auf an Kinder gerichtete Lebensmittelwerbung zu verzichten. Studien zeigen jedoch, dass diese bisher wirkungslos bleibt. Diese Erfahrungen machen deutlich, dass unverbindliche Absprachen bereits heute schon von der Industrie unterlaufen werden. Daher erwarten wir hier klare Ansagen von der Ministerin.“

Auch was die verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Lebensmitteln angeht, tut sich die Branche weiter schwer und wehrt sich vehement gegen ein einheitliches Vorgehen. „Es reicht nicht

nur, die Zutaten anzupassen, wir müssen Menschen befähigen, kompetente Entscheidungen für ihre Gesundheit zu treffen. Ein erster und längst überfälliger Schritt ist die laienverständliche Produktkennzeichnung mit Hilfe von Ampel oder Nutriscore. Jeder Verbraucher muss auf den ersten Blick erkennen können, was seine gesunde Ernährung unterstützt“, erklärt AOK-Vorstand Litsch. Die bisher am Widerstand der Industrie gescheiterte Ampellösung sei nach wie vor die einfachste Variante.

Hinweis für die Redaktionen:

Sowohl der AOK-Bundesverband als auch die DDG sind zur Sitzung des Begleitgremiums zur weiteren Festlegung einer bundesweiten Reduktionsstrategie von Zucker, Fetten und Salz eingeladen. Beide Partner engagieren sich zudem in der Initiative „Aktion Weniger Zucker“, die im Rahmen des 2. Zuckerreduktionsgipfels am 17. Oktober 2018 in Berlin gegründet wurde. Neben dem AOK-Bundesverband und der DDG haben sich die Deutsche Allianz Nicht-übertragbare Krankheiten, das Ethnomedizinische Zentrum e.V. sowie die Verbraucherschutzorganisation foodwatch e.V. dem Bündnis angeschlossen. Zusammen wollen alle Partner die politischen Rahmenbedingungen verändern, um eine gesunde Ernährung für alle Bevölkerungsschichten zu erleichtern, heißt es im gemeinsamen Grundsatzpapier. Zentrale Ziele sind ein Verbot des Kindermarketings für stark zuckerhaltige sowie hochkalorische Lebensmittel, eine verständliche Lebensmittelkennzeichnung, steuerliche Anreize für die Industrie, gesündere Rezepturen sowie verbindliche Standards für die Kita- und Schulverpflegung. Mehr Informationen unter: <https://www.aok-bv.de/engagement/wenigerzucker/>.